

Inhalt der Sitzung vom 06.05.2013

TOP Ö 2 Sanierung der Lessingstraße -Billigung der Entwürfe

In den Ausschusssitzungen am 14.11.2011 und 25.03.2013 sowie in einer Informationsveranstaltung mit den Anwohnern am 15.11.2012 haben Herr Schröder und Herr Herdter von den BS-Ingenieuren aus Ludwigsburg die Planentwürfe vorgestellt. Unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Diskussionen im Ausschuss und mit den Anwohnern wurden die Pläne überarbeitet.

Nach der vorliegenden Planung soll die gesamte Lessingstraße von der Schwetzinger Straße (Waldpfad) bis zur Eisenbahnstraße (ca. 670 m) grundlegend erneuert werden. Geplant ist eine Umgestaltung auf einem Niveau mit einer ca. 4,50 m breiten Fahrbahn, beidseitigen 1,40 m breiten Gehwegen und einseitig versetzten 2,00 m breiten Parkstreifen. Zwischen diesen Bereichen aus Betonpflastersteinen ist eine 30 cm breite Rinne als Betonfertigteile geplant.

Das Ingenieurbüro schätzt die Gesamtbaukosten für den Straßenbau auf 1.220.000 € (inkl. MwSt.).

Auf der Grundlage der kürzlich durchgeführten TV-Untersuchungen hat das Ingenieurbüro Pöyry die Kosten für die Sanierung der Kanalleitungen auf ca. 125.000 € geschätzt. Hinzu kommen Honorarkosten in Höhe von ca. 11.000 €.

Die Erneuerung der Wasserleitung einschließlich aller Hausanschlüsse wurde auf ca. 425.000 € geschätzt. Hinzu kommen Baunebenkosten in Höhe von ca. 42.000 €. Für Vermessungen und sonstige Maßnahmen wie Beweissicherung oder Baugrunduntersuchungen werden Kosten in Höhe von ca. 20.000 € geschätzt.

Die Gesamtkosten der Maßnahme betragen demnach insgesamt 1.843.000 €

GR Dr. Ulrike Klimpel-Schöffler (PL) fragte, ob in der Straße künftig noch ein LKW an einem PKW vorbeifahren könne?

Herr Herdter sagte, dass dies zwar eng werde, aber für diese Fälle eine Mitnutzung der Rinnensteine vorgesehen ist.

GR Ulrike Breitenbücher (PL) fragte, ob ein Kinderwagen und ein Rollstuhl auf dem Gehweg nebeneinander Platz hätten. Herr Herdter sagte, dass man zwar eine Verbesserung in der Gehwegbreite im Vergleich zur heutigen Situation habe, es für diese Situation aber dennoch nicht überall ausreiche.

GR Silke Layer (PL) sagte, dass man sich bereits vor zwei Jahren zum ersten Mal mit der Lessingstraße beschäftigt habe. Die Anwohner wurden in einer Versammlung informiert. Sie forderte die Verwaltung auf, dringend auf die Einhaltung der Kosten zu achten und gab die Zustimmung der PL.

GR Andreas Berger (CDU) begrüßte, dass die Lessingstraße endlich gemacht werde. Mit der Lösung könne man gut leben. Es sei allerdings sinnvoller mit dem ersten Bauabschnitt von der Schwetzinger Straße her zu beginnen. Er erachtete einen Baubeginn in den Sommermonaten für sinnvoll und gab die Zustimmung der CDU.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) sagte, dass die Lessingstraße gemacht werden müsse. Die Fahrbahnbreite sei an manchen Stellen aber extrem schmal, was ein großes Problem für den Begegnungsverkehr geben könne. Man sei mit einzelnen Punkten noch nicht zufrieden und müsse die Planung im Ausschuss besprechen.

GR Ulf-Udo Hohl (PL) sagte, dass GR Mende genau wie GR Layer bereits die finanzielle Seite problematisiert hätten. Seitens der GLP stehe man dem Umbau im Zusammenhang mit der Finanzsituation der Gemeinde kritisch gegenüber. Die Gemeinde habe eine Zuschussanfrage der katholischen Kirchengemeinde zur Kirchenanierung mit Hinweis auf die Finanzsituation der Gemeinde abgelehnt. Da die GLP davon ausgehe, dass sich die Gemeinde finanziell am „Areal Adler“ in irgend einer Form beteiligen werde, lehne sie die Sanierung der Lessingstraße ab.

Mehrheitlich angenommen mit 14 Ja-Stimmen von PL, CDU und BGM, bei 5 Gegenstimmen von SPD und GLP.

TOP Ö 3 Verkehrsentwicklungsplan Plankstadt Fortschreibung 2012

Nach Rückstufung der L 543 zu Gemeindestraßen (Schwetzinger und Eppelheimer Straße) zum 01.04.2012 und dortiger Vorfahrtsänderung sowie Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h ab 28.05.2012 erfolgte Mitte / Ende Juni 2012 eine das gesamte Gemeindegebiet umfassende Verkehrszählung und Befragung.

Durch den Neubau der B 535 und deren Vernetzung mit der Ostumgehung sind in einigen Straßen im Vergleich mit den Zahlen der letzten Erhebung aus dem Jahr 2002 in vielen Bereichen deutliche positive Veränderungen für den Innerortsverkehr zu erkennen:

- Entlastung der Schwetzinger Straße im Bereich Rathaus um 4.000 Fahrzeuge am Tag
- Erhebliche Reduzierung des LKW-Verkehrs
- Mehrbelastung der Ostumgehung um 2.300 bis 3.000 Fahrzeuge am Tag.

GR Gerhard Waldecker (PL) führte aus, dass dies ein deutlich positives Bild sei. Die Herabstufung der Hauptstraße sei gelungen, dies sei auch der Bürgerinitiative mit zu verdanken. Im Rahmen der finanziellen Mittel der Gemeinde gäbe es einige Punkte im Ort, die es anzupacken gelte.

GR Andreas Berger (CDU) sagte, dass auch langjährige Kritiker der Umgehungsstraße wie GR Hohl nun zugeben müssten, dass diese eine Verkehrsentslastung bringe. Der Verkehr sei nun aus Plankstadt draußen. Er gab die Zustimmung der CDU.

BGM Schmitt erklärte, dass man die Präsentationsunterlagen an die GRe versenden werde und für alle Bürgerinnen und Bürger auf die Homepage stelle.

GR Jutta Schneider (SPD) sagte, die SPD habe den Plan zur Kenntnis genommen. Sie erkundigte sich, ob man im Zuschauerraum alles gesehen habe, was überwiegend bejaht wurde. Sie fragte, ob im Bereich Antoniusweg/Oberer Gartenpfad Maßnahmen zur Sperrung und Ableitung an die B 535 vorgesehen seien? Herr Schröder sagte, dass hierauf auch ein Augenmerk des Konzeptes liege, aber das Vorgelegte noch nicht das endgültige Konzept darstelle. Es müsse noch über Sperrung sowie Sinn und Notwendigkeit diskutiert werden. Schneider sprach weiter das Verkehrsaufkommen im Bereich des Rathauses an und fragte, wie hoch dies heute sei. Herr Schröder sagte, dass die aktuellsten Zahlen aus 2012 seien. Schneider fragte weiter, warum es vor Einführung der Tempo-30-Regelung keine Verkehrserhebung gegeben habe und erkundigte sich nach den Kosten für die Straßenmarkierungen und Verkehrszeichen. BGM Schmitt sagte zu, diese aufzulegen.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) sagte die Präsentation sei informativ und habe neue Aspekte durch einen Blick in die Zukunft der Gemeinde eröffnet. Diese könne durch mangelnden Verkehr auch in „Morpheus Armen entschlummern“. Man habe den Plan zur Kenntnis genommen und werde ihn ja noch im zuständigen Ausschuss besprechen.

Kenntnisnahme.

TOP Ö 4 Industriegebiet Jungholz – Bereich Ost - Billigung der Entwurfsunterlagen

In der Gemeinderatssitzung am 19.11.2012 wurde die Teiländerung des Bebauungsplanes „Industrie- und Gewerbegebiet Jungholz“ und die Aufstellung von örtlichen Bauvorschriften beschlossen. Außerdem wurde beschlossen, die MVV Enamic Regioplan GmbH aus Mannheim mit der Bauleitplanung zu beauftragen. Das ca. 3,3 ha umfassende Plangebiet trägt die Bezeichnung „Industriegebiet Jungholz – Bereich Ost“. Die förmliche Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung soll in der Zeit vom 17.05.2013 bis 17.06.2013 erfolgen.

GR Dr. Stephan Verclas (PL) sagte, dass der Bebauungsplan einfach, logisch und zielführend sei. Er betonte, dass auf eine breitbandige Internetanbindung besonderes Augenmerk gelegt werden müsse und gab die Zustimmung der PL.

GR Andreas Berger (CDU) sagte, dass Fahrbahn und Gehwegbreite so gewählt werden sollten, dass LKW auch nachts beidseitig abgestellt werden können. Er schlug vor den Namen des Gewerbegebietes in Anlehnung an das Gewann in „Kohlholz“ zu ändern. BAL Boxheimer sagte, dass über den Straßennamen noch zu beschließen sei, der bestehende Name des Gebietes aber im Bebauungsplan wieder erscheinen müsse.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) sagte, dass der Artenschutz noch geklärt werden müsse. Es müsse ebenfalls gewährleistet sein, dass die bestehende Baumbepflanzung geschützt werde. Er erkundigte sich nach der maximal zulässigen Gebäudelänge und was Laubbäume der 2. und 3. Ordnung seien? Mende sagte, dass in der geplanten Bepflanzung Eschen mit aufgeführt sind, diese aber laut Prognose wegen einem speziellen Pilzbefall in den nächsten 10 Jahren eingehen würden. Er gab die Zustimmung der SPD unter Berücksichtigung der vorgebrachten Einwände. Dr. Kuhn sagte, dass 2. und 3. Ordnung Klassifizierungen für Bäume seien, wobei 1 die höchste Wuchshöhe darstelle. Er räumte ein, dass eine Legende hier fehle. Das Problem mit den Eschen stehe im Raum, es sei aber die Frage ob man einen typischen süddeutschen Baum wegen einem möglichen Pilzbefall aus einer Pflanzliste nehmen wolle. Er führte weiter aus, dass die offene Bauweise auf 50 m Gebäudelänge festgesetzt sei. Bei einer abweichenden Bauweise sei keine Gebäudelänge defi-

niert. Man wolle hier ein gewisses Maß an Flexibilität erhalten und rede in einem worst-case-Fall von einer Gebäudelänge von ca. 70 m. Wohnbebauung sei ausgeschlossen.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) sagte, dass der vorliegende Planungsbericht sehr aussagekräftig sei und fragte, ob das Industriegebiet noch um den Zusatz Gewerbegebiet ergänzt würde. Er fragte, warum einige Gehölze verschwinden sollen? Das Gebiet umfasse 3,3 ha für ausschließlich gewerbliche Nutzung. Die Ackerflächen entfielen dann. Verbleiben würde ein nicht ausgeglichenes Biotopdefizit. Er fragte, wie dies auf den Dachflächen kompensiert werden solle und wo die Entsiegelungsmöglichkeit sei. Besonders in Randzonen seien geschützte Arten nicht auszuschließen und müssen berücksichtigt werden. Man sei nicht ablehnend, sehe aber die Notwendigkeit zu Korrekturen. Er gab die Enthaltung der GLP, bis der Zeitablauf geklärt sei. Dr. Kuhn sagte, dass man sich an dem ursprünglichen Bebauungsplan orientiert habe und dass es daher ein Industriegebiet sei. Man könne im Umweltbericht nicht alle Fragen klären. Es gebe eine bestehende überplante Baufläche, mit in Teilbereichen landwirtschaftlicher Zwischennutzung. Das Defizit sei in Wertepunkten nicht sehr viel. Im Bereich der Brauerei seien tatsächlich 12 Bäume festgehalten, die als nicht zwingend zu erhalten kategorisiert seien.

GR Sigrid Schüller (GLP) erkundigte sich nach der Nutzung potenzieller Interessenten? BGM Schmitt sagte, dass vor Ort industrielle Nutzung stattfindet, die Interessenten sich aber auch in einem Gewerbegebiet ansiedeln könnten. Um keine Konflikte zu erzeugen, muss man auf die Nachbarbebauung Rücksicht nehmen.

GR Andreas Wolf (CDU) erkundigte sich nach dem Zeitablauf. BAL Boxheimer sagte, dass der Satzungsbeschluss und die Vergabe der Erschließungsarbeiten für die Julisitzung geplant seien.

GR Prof. Dr. DR. Ulrich Mende (SPD) fragte, was mit dem Zeitplan sei, wenn der Artenschutz dazwischen komme? Dr. Kuhn sagte, dass derzeit nicht davon auszugehen sei. Es könnte dann aber eventuell neue Lebensräume geben.

Einstimmig angenommen, bei 2 Enthaltungen der GLP.

TOP Ö 5 Neue Entgeltordnung für das Betreuungsangebot an den Grundschulen in Plankstadt

Mit der neuen Entgeltordnung sollen die Entgelte künftig ohne inkludierte Ferienentgelte berechnet werden. Die Ferienentgelte und die Ferienbetreuung wurden neu konzipiert und können dann nach Bedarf wochenweise gebucht werden. Dies führt zu einem gerechteren Kosten/Nutzen-Prinzip, denn Vielnutzer zahlen künftig mehr, Wenignutzer dagegen weniger. Da an der Friedrichschule großes Interesse an einem Mittagessen und eine Ausweitung der Nachmittagsbetreuung bis 15.30 Uhr und der Hortbetreuung bis 17.00 Uhr besteht soll das Angebot an beiden Schulen künftig gleich sein.

GR Ulrike Breitenbücher (PL) erachtete die neue Entgeltordnung grundsätzlich als sehr sinnvoll. Die Zukunft werde zeigen, was eine eventuelle weitere Schulrechtsreform bringe. Sie erkundigte sich nach der Abrechnung des Essenangebotes und fragte, wie weit sich Beiträge geändert haben? Breitenbücher gab die Zustimmung der PL.

Herr Lenz sagte, dass das Essen als eigene Kostenstelle zu betrachten ist. Wie auch bei der Kinderkrippe wird es kostenneutral weitergegeben. Sollten einmal Probleme mit dem Caterer entstehen, kann die Gemeinde auf Postillion zukommen.

BGM Schmitt sagte, dass man bei voller Nutzung der Kernzeit oder des Hortes und 7 Wochen Ferienbetreuung nun ungefähr den gleichen Betrag wie bisher zuzüglich einer notwendigen Anpassung um 3% bezahlen müsse. Ziel der neuen Entgeltordnung ist eine größere Gebührengerechtigkeit. Es gilt nun der Grundsatz, dass man bezahlt was man nutzt.

GR Gerhard Waldecker (PL) fragte, ob die Eltern ihre Kinder künftig direkt bei Postillion anmelden würden, was von Herrn Lenz bejaht wurde.

GR Jutta Schuster (CDU) sagte, dass die Vorlage bereits im VKSS vorbesprochen wurde. Der Vorschlag sei äußerst flexibel. Sie begrüßte, dass der Hort sich mittlerweile etabliert habe. Es gäbe nun für jeden die optimale Lösung. Sie fragte nach einer Mindestanzahl an Kindern und gab die Zustimmung der CDU.

BGM Schmitt sagte, dass die Nachmittagsbetreuung bis 15.30 Uhr in den Ferien ab einer Mindestzahl von fünf Kindern stattfinden wird. Ab 26 Kindern werde eine zweite Hortgruppe benötigt.

GR Jutta Schneider (SPD) begrüßte die Ausweitung des Angebotes, dass sehr flexibel sei. Die Entgeltordnung sei gerechter gestaltet. Sie gab die Zustimmung der SPD.

GR Sigrig Schüller (GLP) sagte, dass es positiv sei, dass das Angebot an beiden Schulen angeglichen werde. Positiv sei auch die verkürzte Gebührenordnung. Sie versicherte sich, dass weiterhin ein Ansprechpartner in der Gemeindeverwaltung verbleibe und gab die Zustimmung der GLP.
Einstimmig angenommen.

TOP Ö 6 Einrichtung einer provisorischen Krippen- und Kindergartengruppe

Im Rahmen der Fortschreibung der Bedarfsplanung der Kinderbetreuung für die Kindergartenjahre 2013/2014 und 2014/2015 wurde ermittelt, dass zum neuen Kindergartenjahr kurzfristig mit der Einrichtung einer weiteren Krippengruppe reagiert werden sollte. Diese Gruppe könnte der freie Träger Postillion, der auch die bestehende Krippe Im Neurott betreibt, ab 1. August in der Schwetzinger Straße 37 eröffnen. Ebenfalls wurde ermittelt, dass im Laufe des kommenden Kindergartenjahres Bedarf für eine weitere Kindergartengruppe entstehen wird. Die Verwaltung sucht derzeit noch geeignete Räumlichkeiten, doch konnte bereits mit Postillion e.V. geklärt werden, dass der Träger diese Bedarfsgruppe im Bereich Kindergarten betreiben wird.

BGM Schmitt informierte, dass die Seniorenbetreuung aufgrund des Ausfalls von Frau Damm seit einigen Wochen nicht mehr stattfindet. Er habe Frau Damm bereits schriftlich für ihr besonderes Engagement gedankt und ein Präsent der Gemeinde überbringen lassen.

GR Ulrike Breitenbücher (PL) regte an, mehrteilige Beschlussvorschläge künftig als mehrere Punkte abstimmen zu lassen. Die Krippe könne mit geringen finanziellen Mitteln genutzt werden. Man dürfe die Senioren aber bei aller Notwendigkeit der Kinderbetreuung nicht vergessen. Sie bat dringlich um eine schnelle Regelung für die Seniorengruppe der Altenbegegnungsstätte. Es solle im GMB die ehrenamtliche Übernahme der Leitung der Seniorenbetreuung ausgeschrieben werden. Bei einer Besichtigung der ev. KiTa habe es ein klares Nein zu einer Erweiterung gegeben, der kath. KiGa St. Martin könne erweitert werden. Sie gab die Zustimmung der PL.

BGM Schmitt betonte, dass man im nächsten KiGa-Jahr die provisorische Gruppe benötige und schon jetzt handlungsfähig sein will.

GR Jutta Schuster (CDU) beantragte, über beide Punkte getrennt abzustimmen und den Teil b (provisorische Kindergartengruppe) zu vertagen. Sie bat aufzulegen, ob nur Kinder der Plankstadter Bevölkerung die Kinderkrippe besuchen. Die Verwaltung möge Überlegungen anstellen, wie die Seniorenbegegnung weiter betrieben werden könne.

GR Jutta Schneider (SPD) sagte, dass man in der letzten Sitzung eine ausführliche Bedarfsplanung der Verwaltung vorgelegt bekommen habe und man keine Probleme sehe. Sie gab die Zustimmung der SPD.

GR Sigrig Schüller (GLP) sagte, dass es unstrittig sei, dass sowohl bei der Betreuung U 3, wie auch Ü 3 reagiert werden müsse: Insbesondere, wenn die Gemeinde 2 Mio. € für Straßen investiere, sollte auch Geld für eine zuverlässige und gute Kinderbetreuung vorhanden sein.

Mit Zustimmung des Gremiums gliederte BGM Schmitt den Beschlussantrag in Teil a (Krippengruppe) und Teil b (Kindergartengruppe), die getrennt abgestimmt wurden.

Teil a:

Der Gemeinderat beschließt die Einrichtung einer provisorischen Kinderkrippengruppe in dem gemeindeeigenen Anwesen Schwetzinger Straße 37 in Zusammenarbeit mit Postillion e.V. als Betreiber.

Einstimmig angenommen.

Antrag der CDU auf Vertagung von Teil b:

Der Gemeinderat beschließt ebenfalls den Betrieb einer provisorischen Kindergartengruppe mit Postillion e.V. als Betreiber nach tatsächlich anfallendem Bedarf im Kindergartenjahr 2013/2014.

Mehrheitlich abgelehnt mit 12 Nein-Stimmen von PL, SPD, GLP und BGM, bei 7 Ja-Stimmen von CDU und GR Horst Kolb.

Teil b:

Einstimmig angenommen mit 12 Ja-Stimmen von PL, SPD, GLP und BGM, bei 7 Enthaltungen von CDU und GR Horst Kolb.

TOP Ö 7 Förderung der Tagespflege

Gemeindetag und Sozialministerium Baden-Württemberg empfehlen den Platzausbau für die Betreuung der unter 3-jährigen Kinder auf den drei Standbeinen Krippen, Altersgemischte Gruppen und Tagespflege. Ta-

gespflegepersonen erhalten durch den Rhein-Neckar-Kreis ab dem 01.08.2013 eine Förderung, die sich für Kinder, die das dritte Lebensjahr noch nicht vollendet haben auf 5,50 €/h und Kind, für ältere Kinder auf 4,50 €/h und Kind beläuft. Um die Kinderbetreuung in der örtlichen Tagespflege weiter zu fördern soll ab dem 01.08.2013 ein Zuschuss von 1 €/h und Kind (bei max. 25 Wochenstunden) zusätzlich gewährt werden. Diese zusätzliche Förderung muss von dem Beitrag der Eltern abgezogen werden.

GR Dr. Ulrike Klimpel-Schöffler (PL) sagte, dass dieser TOP ein gewisses Maß an Druck aus der Diskussion nehme und sinnvoll sowie wünschenswert sei. Sie gab die Zustimmung der PL.

GR Jutta Schuster (CDU) sagte, dass man sich freue, dass der Haushaltsantrag der CDU umgesetzt werde. Es entstehe für alle Beteiligten somit eine Win-win-Situation. Sie gab die Zustimmung der CDU.

GR Jutta Schneider (SPD) gab die Zustimmung der SPD.

GR Sigrid Schüller (GLP) sagte, dass die genannten Voraussetzungen zu besprechen wären, Sie gab die Zustimmung der GLP.

Einstimmig angenommen.

TOP Ö 8 Wahl zum 18. Deutschen Bundestag am 22.09.2013 Entschädigung der Mitglieder der Wahlvorstände sowie der sonstigen Hilfskräfte

Gemäß Bundeswahlordnung kann den Mitgliedern der Wahlvorstände für den Wahltag ein Erfrischungsgeld von 21 € gewährt werden. Dies erscheint für die Wahlhelfertätigkeit allerdings als nicht angemessen. Die ehrenamtlichen Helfer zur Wahl sollten analog den Regelungen in der örtlichen Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit entschädigt werden, wie es auch bei vergangenen Wahlen gehandhabt wurde.

GR Fredi Engelhardt (PL) sagte, dass es immer schwierig sei, Leute zu finden und man dieses Amt entsprechend finanziell würdigen sollte. Er gab die Zustimmung der PL.

GR Karl Schleich (CDU) wies darauf hin, dass an diesem Sonntag auch das Straßenfest sei und gab die Zustimmung der CDU.

GR Jutta Schneider (SPD) fragte, ob die Entschädigung zwei Mal ausgezahlt werden würde, wenn am nächsten Tag weiter ausgezahlt werden müsste, was BGM Schmitt bejahte. Schneider gab die Zustimmung der SPD.

GR Sigrid Schüller (GLP) gab die Zustimmung der GLP.

Einstimmig angenommen.

TOP Ö 9 Betonsanierung Wasserturm Vergabe Betoninstandsetzungsarbeiten

Die Arbeiten zur Sanierung der Außenflächen des Wasserturms haben mit den Gerüstbauarbeiten begonnen. Als nächstes Gewerk sollen die Betonsanierungsarbeiten in Angriff genommen werden. Betroffen hiervon ist der Behälterbereich. Das Angebot der Fa. O + S aus Ketsch ist mit 67.459,14 € das wirtschaftlichste Angebot.

GR Silke Layer (PL) gab die Zustimmung der PL.

GR Andreas Wolf (CDU) gab die Zustimmung der CDU.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) gab die Zustimmung der SPD.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) gab die Zustimmung der GLP.

Einstimmig angenommen.

TOP Ö 10 Sanierung des Antoniusweges -Beauftragung der Entwurfsplanung

In einer Informationsveranstaltung für die Anwohner am 27.03.2013 haben Herr Schröder und Herr Herdter von den BS-Ingenieuren aus Ludwigsburg die beiden Entwurfsvarianten für die Sanierung des Antoniusweges zwischen Westende und der Ehehaltstraße vorgestellt.

Geplant ist eine Umgestaltung der Verkehrsfläche analog der Planung für die Umgestaltung der Lessingstraße mit ca. 4,50 m Fahrbahnbreite, beidseitigen ca. 1,50 m breiten Gehwegen, einseitig versetzten 2,00 m breiten Parkstreifen und einigen Pflanzquartieren.

Die beiden vorgestellten Varianten unterscheiden sich im Wesentlichen im Bereich der Humboldtschule, wo eine Variante den Ausbau einer Mischverkehrsfläche als verkehrsberuhigten Bereich und zusätzliche Baumpflanzungen vorsieht.

Die reinen Straßenbaukosten schätzt das Ingenieurbüro auf 1,1 bis 1,2 Mio. EUR.

GR Gerhard Waldecker (PL) sagte es sei wichtig, dass es eine klare Abgrenzung zwischen Schulgelände und Verkehrsfläche gibt. Insbesondere sollte es erschwert werden, das Schulgelände zu befahren. Er gab die Zustimmung der PL.

GR Andreas Berger (CDU) sagte, dass es hier noch viele Diskussionen geben werde und gab die Zustimmung der CDU.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) sagte, dass es noch eine ganze Menge zu klären gebe. Die Straße an der Schule müsse zweifelsohne verkehrsberuhigter Bereich sein. Die SPD könne so nicht zustimmen. Er gab die Ablehnung der SPD.

GR Sigrid Schüller (GLP) sagte, dass man seitens der GLP mit den Straßen Probleme hätte, vor allem weil keine Notwendigkeit nachgewiesen sei. Ein verkehrsberuhigter Bereich sei besser in der Schubertstraße. Man solle die Kanaluntersuchungen abwarten und dann eine Prioritätenliste erstellen. Sie gab die Ablehnung der GLP.

Mehrheitlich angenommen, mit 14 Ja-Stimmen von PL, CDU und BGM, bei 5 Gegenstimmen von SPD und GLP.